Am 22. Juni tagte die Heidelberger Friedenskonferenz. Prof. Dr. **Wolfram Wette** führte mit einer Rede in die uns immer noch umtreibenden Probleme des Umgangs mit Russland ein. Die *NachDenkSeiten* dokumentieren seinen Vortrag – siehe unten. Ein paar wenige kritische Anmerkungen betreffen Nebensachen.

- Die Entspannungspolitik begann nicht erst in den 70er-Jahren. Sie begann spätestens mit den Reden von Willy Brandt und Egon Bahr im Sommer 1963 in Tutzing. Dort proklamierten sie „Wandel durch Annäherung" als ihre neue Konzeption zum Umgang zwischen West und Ost.

- Und die Annäherung endete nicht schon vor 35 Jahren. Vor knapp 24 Jahren, im September 2001, redete der damalige und heutige Präsident Russlands vor dem Deutschen Bundestag und forderte – mit Zustimmung der meisten MdB – einen Raum des Friedens von Wladiwostok bis Lissabon. Allerdings, so könnte man anmerken, hatte die Ausdehnung der NATO nach Osten schon vorher begonnen. Putin kam trotzdem zur Rede nach Bonn.

Hier nun die angekündigte Rede:

Frieden mit Russland – eine immer noch unerledigte Aufgabe.
Kontinuitäten und Brüche in den deutsch-russischen Beziehungen 1941-2025
Vortrag von Prof. Dr. Wolfram Wette, Waldkirch,
bei der Heidelberger Friedenskonferenz
am Sonntag, 22. Juni 2025, 13-17 Uhr,
im Biser-Saal, Haus der Begegnung, Jesuitenkirche Heidelberg,
veranstaltet von pax christi Heidelberg und befreundeten Organisationen
(Stand: 17.6.2025)

1. Einleitung: Erinnerung an ein Heidelberger Friedensmemorandum von 1989

„Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe" heißt der Titel eines Buches, das hier in Heidelberg – an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) – Ende der 1980er-Jahre, also vor fast vier Jahrzehnten, erarbeitet wurde. Zu den Herausgebern zählten unter anderem Erhard Eppler, Dietrich Goldschmidt, Wolfgang Huber und Klaus von Schubert. An dem umfangreichen Band beteiligten sich 31 Autorinnen und Autoren mit ihrer fachkundigen Expertise. Sie beschäftigten sich mit der politischen Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, mit der Haltung der Christen und der Kirchen zu diesen Beziehungen, mit dem deutsch-sowjetischen Krieg 1941-1945, mit der

Verarbeitung der Kriegserlebnisse in den beiden Ländern sowie mit der Rolle der antibolschewistischen bzw. antikommunistischen Ideologie.

Abschließende Abhandlungen dieses Buches beschäftigen sich mit der Vision von *„Gemeinsamer Sicherheit und friedlicher Existenz“*, die damals in Russland wie in Deutschland (Ost und West) als ein großes Zukunftsversprechen Anklang fand. Das Gemeinschaftswerk erschien 1989 im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn. Vier Jahre zuvor hatte der große Reformer Michael Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU in Moskau das politische Steuer übernommen. Er begrüßte die Ost- und Entspannungspolitik der deutschen Bundesregierung sowie die politische Arbeit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) (1973-1995).[1]

An dieses Werk über Frieden mit der Sowjetunion als einer *„unerledigten Aufgabe“*, das 1989 veröffentlicht wurde, möchte ich heute, 83 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, erinnern und anknüpfen. Der leicht abgewandelte Titel meines Vortrages lautet: *„Frieden mit Russland – eine immer noch unerledigte Aufgabe“*. Wie damals, so möchte ich auch heute zunächst auf den deutsch-sowjetischen Krieg 1941-1945 eingehen, der für die Beziehungen beider Länder noch immer von großer Bedeutung ist.

2. Hitler-Deutschlands Krieg gegen die Sowjetunion 1941-44

Schon bald nach der Machtübertragung auf Hitler im Januar 1933 forcierte die Nazi-Regierung die geheime Aufrüstung der Reichswehr, die 1935 den Namen Wehrmacht erhielt. Begleitet wurde die Aufrüstung von einer mehrjährigen NS-Friedenspropaganda, die nichts anderes darstellte als eine systematische Irreführung der nationalen und internationalen Öffentlichkeit. Im Kern ging es darum, die Kriegsvorbereitungen der NS-Regierung zu verschleiern. Mit dem damit erneut eingeschlagenen Kriegskurs wurde die militaristische und kriegerische Traditionslinie der preußisch-deutschen Politik wieder aufgenommen. Gleichzeitig erfuhr sie eine Ausweitung in neue geopolitische und rassenideologische Dimensionen.

Vordergründig propagierte die Nazi-Regierung in den 1930er-Jahren die Revision des Versailler Friedensvertrages. Tatsächlich verfolgten Hitler und seine Gefolgschaft jedoch viel weitergehende Ziele, nämlich *erstens* die Eroberung von Lebensraum im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung, und *zweitens* die Vernichtung des europäischen Judentums im Zuge des großen Lebensraum-Krieges.

Im Kontext dieser Ziele geriet die Sowjetunion ins Zentrum der deutschen Kriegspolitik. Diese folgte einem rassenideologischen Leitmotiv, das von vorneherein alle

völkerrechtlichen Grenzen sprengte, nämlich dem Gedanken der *Vernichtung*. Es hat lange gedauert, bis das Wissen über den besonderen Charakter des – in Deutschland so genannten – *„Russland-Krieges“* in der deutschen Nachkriegsbevölkerung ankam. Einen maßgeblichen Beitrag zur historischen Aufklärung leistete zunächst das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg und hernach die Ausstellungen *„Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945“,* die im Hamburger Institut für Sozialforschung erarbeitet und in den Jahren 1995-2005 gezeigt wurden. Erst jetzt erfuhren Millionen von Menschen in Deutschland von den erschreckenden, aber bislang verschwiegenen Wahrheiten über den deutschen Krieg gegen die Sowjetunion.

Ich rekapituliere in aller Kürze die wichtigsten Erkenntnisse über den sogenannten *Russlandkrieg*: Es handelte sich um einen von langer Hand geplanten deutschen Überfall, also um einen eindeutigen Aggressionskrieg.[2] Dem Überfall folgte ein mehrjähriger Krieg auf dem Territorium der Sowjetunion. Völlig zu Recht ist dieser Gewaltkonflikt als ein *„Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg“* charakterisiert worden.[3] Seiner Intensität nach bildete er das eigentliche Zentrum des Zweiten Weltkrieges. Schon aus diesem Grund ist es gerechtfertigt, ihn heute, am 84. Jahrestag des 22. Juni 1941, ins Zentrum unserer Betrachtungen zu stellen.

Die Propagandisten des NS-Staates versuchten den deutschen Überfall mit einer altbekannten Kriegslüge zu verschleiern. Sie behaupteten, mit dem deutschen Angriff sei man lediglich einem geplanten Krieg Sowjetrusslands gegen Deutschland zuvorgekommen. Das war die sogenannte Präventivkriegs-Lüge.[4] Sie verfolgte primär das Ziel, den Überfall vor der Bevölkerung des eigenen Landes zu legitimieren. Obwohl von der historischen Forschung längst widerlegt, geisterte die Präventivkriegslüge in der Zeit des Kalten Krieges noch immer in manchen unbelehrbaren Köpfen herum. In einigen tut sie es womöglich bis heute.

In Anspielung auf den Hitler-Stalin-Pakt von 1939, der im In- und Ausland zu so vielen Irritationen geführt hatte, zeigte sich der Reichspropagandaminister Joseph Goebbels am Tage der Kriegserklärung an die Sowjetunion zufrieden: *„Es bereitet jedem alten Nazi eine tiefe Genugtuung“,* notierte er, *„dass wir das noch erleben. Das Zusammengehen mit Russland war eigentlich ein Flecken auf unserem Ehrenschild. Der wird nun abgewaschen. Wogegen wir unser ganzes Leben gekämpft haben, das vernichten wir nun auch.“*[5] Also: Nicht nur bekämpfen, sondern *„vernichten“*. Hinter den Wolken der Propaganda blitzte die mörderische Wahrheit auf.

Die Bilanz dieses Krieges ist furchtbar. Wahrscheinlich wird sie gerade deswegen bis heute vielfach verdrängt. Auf der deutschen Seite forderte der Krieg mehr als 3 Millionen

Menschenleben – nämlich die von Soldaten der Wehrmacht. Auf sowjetischer Seite wurden gar 27 Millionen Menschen getötet. Ihr Leben verloren etwa 9 Millionen Soldaten der Roten Armee, darunter etwa 3,5 Millionen russische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam, sowie etwa 12 Millionen Zivilisten, unter diesen etwa 3 Millionen Juden (in den Sowjetrepubliken Weißrussland, der Ukraine und Russland), mehr als 2 Millionen in Deutschland eingesetzte Zwangsarbeiter und mehr als 1 Million Hungertote infolge der Belagerung von Leningrad durch die deutsche Wehrmacht. Die genannten Zahlen sind, bedingt durch die Quellenlage, ungenau und umstritten, werden aber gleichwohl von den meisten Historikern inner- und außerhalb Russlands akzeptiert.[6]

Man muss versuchen, sich die Wirkungen dieses rassenideologisch motivierten Krieges klarzumachen: In der Sowjetunion gab es kaum eine Familie, die keinen Toten zu beklagen hatte. Anders als bei uns, wo dieser Krieg nach 1945 weithin verdrängt und vergessen wurde, erinnert sich in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion noch heute jede Familie an ihn. Die Sowjetunion führte einen Verteidigungskrieg, von Stalin zum *„Großen Vaterländischen Krieg“* erklärt. Die Rote Armee eroberte schließlich Berlin. Wer die Chronologie beachtet, kommt an der ernüchternden Erkenntnis nicht vorbei: Es war Deutschland, das durch den Überfall auf die Sowjetunion die Rote Armee an die Elbe gebracht hat!

3. „Jüdischer Bolschewismus – das rassenideologische Russland-Feindbild

Seit dem Beginn des Russlandkrieges hämmerte die Nazi-Propaganda den Deutschen und ihren europäischen Verbündeten das Feindbild *„jüdischer Bolschewismus*“ ein. Was hatte es mit diesem Feindbild auf sich? Wie kam es zustande? In Nazi-Kreisen wurde behauptet, der unterschiedliche Entwicklungsgrad Deutschlands und Russlands lasse sich rassenbiologisch erklären: Die höherwertige germanische Rasse, hieß es, stehe der minderwertigen slawischen gegenüber. Hitler selbst glaubte, Slawen seien generell zur Staatsbildung unfähig und würden daher von anderen beherrscht. So habe der *„jüdische Bolschewismus“* in der Revolution von 1917 in Russland seine Fremdherrschaft errichtet.[7] Hitler behauptete, die Träger des bolschewistischen Systems der Sowjetunion seien großenteils Juden, woraus sich für ihn ergab, dass sich der deutsche Vernichtungskrieg gegen Juden und Bolschewisten richten müsste.

Diese Vorstellungen sollten dann auch Eingang in die Befehle an die deutschen Waffenträger finden. Aufschlussreich ist es, zur Kenntnis zu nehmen, mit welcher Diktion die Strategie und Propaganda des Vernichtungskrieges damals den einfachen Wehrmachtssoldaten nahegebracht wurde. In einem Mitteilungsblatt der Wehrmachtpropaganda vom Juni 1941 stehen die folgenden ungeheuerlichen Sätze. Ich

zitiere: *„Es geht darum, das rote Untermenschentum, welches in den Moskauer Machthabern verkörpert ist, auszulöschen. Das deutsche Volk steht vor der größten Aufgabe seiner Geschichte. Die Welt wird erleben, dass diese Aufgabe restlos gelöst wird*."[8] Diese extrem menschenfeindliche Botschaft wurde befehlsgemäß allen *„Soldaten der Ostfront"* verlesen. Nach dem Kriege wollte sich dann kaum mehr jemand an diese Indoktrination erinnern.

Wir Deutschen von heute sollten uns der Mühe unterziehen, uns in die Mentalität und das Erfahrungswissen der Menschen im postsowjetischen Russland unserer Tage hineinzudenken und zu versuchen, ihre Sicherheitsbedürfnisse zu verstehen. Dabei kann es hilfreich sein, an den Russlandfeldzug Napoleons von 1812 zu erinnern, an den Ersten Weltkrieg, der zumeist auf russischem Territorium ausgefochten wurde, und der – was Russland angeht – mit dem brutalen, von den Deutschen erzwungenen Diktatfrieden von Brest-Litowsk vom März 1918 sein Ende fand –, und natürlich, wie geschehen, an den deutsch-sowjetischen Krieg von 1941-1945.

4. Die Russen kommen!" – Ein deutsches Nachkriegstrauma

Das Feindbild *„jüdischer Bolschewismus"* verschwand mit dem Kriegsende 1945 nicht einfach aus der Vorstellungswelt der Deutschen. Vielmehr konnte es in neuem Gewande alsbald wieder auferstehen. Der von den Nazis rassistisch definierte Begriff *„jüdisch"* entfiel, und statt vom *„Bolschewismus"* redete man jetzt von *„Kommunismus"*. Der Feind blieb der Gleiche: Die Sowjetunion – und ihre angeblichen Handlanger im Inneren des eigenen Landes, die man als *„Fünfte Kolonne Moskaus"* denunzierte. Im Hinblick auf die Verwendung des traditionsbelasteten Feindbildes gab es also keine *„Stunde Null"*, sondern vielmehr eine wirkmächtige Kontinuität.

Das alte antibolschewistische bzw. antikommunistische Zerrbild[9] führte zu einer neuerlichen Vergiftung der internationalen Beziehungen. Feinddenken versperrte einmal mehr den analytischen Blick auf das nationale Interesse und das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Tatsächlich wollte sich das Land nicht erneuten deutschen oder westlichen Angriffen ausgesetzt sehen. Die Politik Moskaus konnte durchaus als defensiv verstanden werden.[10] Allerdings zeigte die sowjetische Führung immer wieder, dass sie ihren Herrschaftsbereich auch gewaltsam zu sichern gedachte. Ich erinnere an die Gewaltaktionen in der DDR, in Ungarn und in der Tschechoslowakei. Sie waren Wasser auf die Mühlen der westlichen Propaganda.

In Westdeutschland wurden in den 1950er-Jahren Bedrohungsängste geschürt. Die antikommunistische Propaganda jener Zeit stellte die propagandistische Begleitmusik zum

Kalten Krieg dar.[11] Aber es steckte mehr hinter der Parole *„Die Russen kommen!“*, nämlich die – kaum je öffentlich geäußerte – Furcht, die angeblich auf Rache sinnenden Russen hätten womöglich die Absicht, den Deutschen das antun, was die Soldaten der Wehrmacht und der SS im Vernichtungskrieg von 1941-1945 den Russen tatsächlich angetan hatten. Also: Sie könnten Gleiches mit Gleichem vergelten. Wir haben es mit dem klassischen Fall einer politischen Projektion zu tun, einer Übertragung des Wissens um die eigenen Untaten auf die vermuteten Absichten des vormaligen Feindes. Diese Erkenntnis hat in der historisch-politischen Literatur bislang noch nicht die nötige Aufmerksamkeit gefunden.

Die propagandistisch erzeugte Russenfurcht diente insoweit auch der Schuldabwehr. So gelang es den Anhängern der Politik der Wiederbewaffnung, in die Rolle des – potentiellen – Opfers einer möglichen sowjetischen Aggression zu schlüpfen. Wir erkennen das tradierte Muster: Die Bösen, das sind die Russen, und wir sind die Bedrohten, die Guten. So hatte es schon die NS-Propaganda von 1941 behauptet.

Betrachtet man die heutige antirussische Propaganda des Westens über die angeblichen kriegerischen Absichten Putin-Russlands, so kann man einige Parallelen zur Kalter-Krieg-Propaganda der 1950er-Jahre entdecken.

5. Opposition gegen die *„Remilitarisierung“* Westdeutschlands in den 1950er-Jahren

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht setzten in machtpolitischer Hinsicht die alliierten Siegermächte die Fakten.[12] Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 beschrieben sie ihre zentralen politischen Ziele. Ich zitiere: *„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen […] Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“*[13] Anders als in Versailles 1919 sollte es diesmal an die Wurzeln des Problems gehen.

Parallel zur alliierten Entmilitarisierungspolitik – aber keineswegs in deren Schlepptau – breitete sich in Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren eine eigenständige Antikriegsstimmung aus. Sie ging über die traditionsreiche *„Nie wieder Krieg!“*-Forderung hinaus und richtete sich radikaler gegen alles Militärische.[14] In der Öffentlichkeit wurde jetzt die Parole *„Nie wieder deutsche Soldaten!“* verbreitet. Sie fand beträchtliches Gehör. Der frankophile sozialdemokratische Politiker Carlo Schmid (SPD) rief 1946 aus: *„Wir wollen unsere Söhne nie mehr in die Kasernen schicken!“* Und der CSU-Politiker und spätere Bundesminister für Verteidigung, Franz-Joseph Strauß, machte 1947 mit dem markigen Spruch auf sich aufmerksam: *„Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt,*

dem soll die Hand abfallen!"[15]

1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat eine vorläufige Verfassung, in der Friedensbewahrung und Friedensgestaltung als zentrale Staatsziele festgeschrieben wurden.[16] Das Grundgesetz stellte in mancher Hinsicht das Antiprogramm zu dem extrem gewalttätigen Zeitalter der Weltkriege dar, für das Deutschland eine wesentliche Mitverantwortung trug. In der Kontinuität der *„Nie wieder Krieg!"*-Bewegung der frühen Weimarer Republik opponierte nun eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik aktiv gegen die Wiederbewaffnung, die in ihren Augen eine *„Remilitarisierung"* darstellte. Die Opposition fand mit ihren Protesten großen Zuspruch in der Gesellschaft der westdeutschen Bundesrepublik. So musste die Regierung Adenauer ihre Politik gegen den Willen dieser Mehrheit durchsetzen.

6. Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe (1989)

Damit ist das politische Klima beleuchtet, in dem die – eingangs erwähnte – Heidelberger Gruppe von Politikern, Historikern, Theologen und Sozialpsychologen in den ausgehenden 1980er-Jahren ihre Arbeit aufnahm. Uns verband damals die Überzeugung, dass nach Jahren erfolgreicher Entspannungspolitik der konfrontative Konflikt des Kalten Krieges entschärft werden konnte. Wir hofften auf eine Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, auch zwischen Deutschland und Polen. Nach meiner Erinnerung hatten wir seinerzeit das deutliche Gefühl, uns beeilen zu müssen, weil –zumindest nach unserer Beobachtung – die politische Entspannung mit raschen Schritten voranging. Einerseits hofften wir, dass die politische Aufgabe der Organisierung eines Friedens mit der Sowjetunion gelingen würde. Andererseits befürchteten wir, mit unserem ambitionierten Beitrag zur politischen Bewusstseinsbildung womöglich zu spät zu kommen, weil die politischen Ereignisse womöglich schneller als wir mit unserer Arbeit zu einer Erledigung dieser großen politischen Aufgabe geführt haben könnten.

Das Herausgebergremium verabschiedete seinerzeit ein Memorandum mit dem Titel *„Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe"*. Dort heißt es: *„Fünfzig Jahre, nachdem die Regierung des Deutschen Reiches den Zweiten Weltkrieg entfesselte, ist es an der Zeit, unser Verhältnis zur Sowjetunion, ihren Völkern und Bürgern zu überdenken."* (S. 11) Jetzt sei Bewegung in die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gekommen – im Sinne der *„Entwicklung zu gemeinsamer Sicherheit"*. Um diesen *„neuen Anfang"* zu unterstützen, müssten die Deutschen – ich zitiere –*„die Last der Schuld der Jahre 1933-1945 (..) gegenüber der Sowjetunion samt ihrer Vorgeschichte und ihrem Nachwirken auf sich nehmen und ein tieferes Verständnis für die Geschichte der Sowjetunion und den*

gegenwärtigen Umbruch in diesem großen Land gewinnen" (ebda.).

Weshalb forderte das Memorandum die Bevölkerung unseres Landes auf, eigene Schuld anzuerkennen und Verständnis für die Geschichte der Sowjetunion – einschließlich deren Sicherheitsbedürfnissen – aufzubringen? Die Antwort lautet, dass es in Teilen der Bevölkerung an der Bereitschaft zu eben diesem Verständnis nach 1945 über Jahrzehnte hinweg gefehlt hatte. Die Friedens- und Entspannungspolitik der 1970er-Jahre wurde von einer Bevölkerungsmehrheit des westdeutschen Teilstaates getragen. Aber eine starke Minderheit blieb skeptisch bis ablehnend. Viele verweigerten sich noch immer der Anstrengung, sich in die Vorstellungswelt der Menschen in der Sowjetunion zu versetzen, deren Land vor nicht allzu langer Zeit von einem deutschen Aggressions- und Vernichtungskrieg überzogen worden war. Noch Jahrzehnte später hielten Teile der deutschen Bevölkerung an ihren alten antirussischen Feindbildern fest.

In Russland selbst wurde diese Haltung stets mit großem Befremden wahrgenommen. Das teilte uns damals – 1989 – der russische Deutschland-Kenner und hochrangige sowjetische Politiker Nikolai Portugalow (1928-2008) mit. Die Deutschen, sagte er, hätten eine große, *„nicht-anerkannte und unbereute Schuld"* auf sich geladen. Und weiter: *„Die Ungeheuerlichkeit des Vorgangs, dass gerade die Deutschen unermessliches Leid über unser Land gebracht hatten, ist nicht nur an dem materiellen Schaden zu messen, auch nicht nur an den Toten, den Verkrüppelten, an der Verwüstung, der verbrannten Erde und dergleichen mehr. Der Vorgang, schon der Wille, die Sowjetunion zu vernichten, ist ungeheuerlich. Das hätten wir in unserer Geschichte wohl vielleicht von Tartaren erwartet, im frühen Mittelalter, aber doch nicht von den Deutschen!"*[17]

Nikolai Portugalow war als Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und als Berater von Parteichef Michail Gorbatschow auf sowjetischer Seite führend an der Wiedervereinigung Deutschlands beteiligt.[18] Er gehörte zu jenen Russen, die trotz des Zweiten Weltkrieges auf eine deutsch-russische Symbiose hofften, und leistete dazu unter anderem mit der Übersetzung von Werken von Bertolt Brecht und Heinrich Böll in die russische Sprache einen eigenen Beitrag. Hat dieser Brückenbau wirklich zur Aussöhnung beigetragen? Noch in den späten 1980er-Jahren gab es hierzulande Warnungen, Russland sei eine Bedrohung für den Frieden. In den Köpfen der Gegner der Befriedung des deutsch-russischen Verhältnisses lebten die alten Feindbilder fort.

Als sich das Ende des Kalten Krieges ankündigte, war die Idee eines *„Friedens mit der Sowjetunion"* dann jedoch mehr als eine idealisierende Zukunftsmusik. Wie eingangs bereits erwähnt, beeilte sich damals hier in Heidelberg besagte Gruppe von Politikern und Historikern, die jüngere deutsch-russische Geschichte aufzuarbeiten.[19] Die Chancen, im

Prozess der Entfeindung voranzukommen, waren seinerzeit insbesondere mit dem Namen des sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow verknüpft.[20]

Es gab auch Ereignisse, die belegen, dass der Prozess der Verständigung auch in der deutschen Gesellschaft angekommen war: Als es im Winter 1990/91, zur Zeit der Präsidentschaft von Boris Jelzin, in Sankt Petersburg und anderen Regionen Russlands zu einer Hungersnot kam, zeigte die deutsche Zivilgesellschaft eine bemerkenswerte Hilfsbereitschaft.[21] Der Osteuropahistoriker Manfred Hildermeier meint, mit seinen Hilfssendungen habe Deutschland *„seinen Dank für den Fall der Berliner Mauer bezeugen"* können.[22] Es könnte allerdings auch sein, dass dabei die deutsche Erinnerung an den Vernichtungskrieg der Wehrmacht in der früheren Sowjetunion ebenso eine mobilisierende Rolle gespielt hat.

7. Geeintes Deutschland nach 1989 – eine pazifizierte Gesellschaft

Die Friedens- und Entspannungspolitik der 1970er-Jahre verbesserte nicht nur die deutsch-polnischen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Sie wirkte zugleich auch positiv in die deutsche Gesellschaft hinein. Unter der stets präsenten Drohung eines möglichen Nuklearkrieges entwickelte sich in Deutschland jetzt schrittweise eine Friedenskultur. Sie korrespondierte auf der politischen Ebene mit dem Regelsystem der Europäischen Union, nämlich der Verpflichtung der Staaten auf gewaltfreien Konfliktaustrag im Innenverhältnis der EU.

Eine solche Umkehr vollzog sich, wenngleich in unterschiedlicher Weise, in beiden deutschen Staaten. Zug um Zug bildeten sich pazifizierte Gesellschaften heraus. Die Menschen lernten, dass sich Frieden lohnt, dass Frieden die Voraussetzung für Wohlstand darstellt und dass der Frieden diesen Wohlstand auch zu sichern vermag. Kurz: Dass ein gutes Leben auch ohne die *„Kornkammer Ukraine"* möglich ist, dass sich selbst auf engerem Raum ohne Krieg gut leben lässt. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989 erschien die Vorstellung, die deutsche Gesellschaft müsse *„kriegstüchtig"* sein, als abwegig und völlig aus der Zeit gefallen.

Das sah man nicht nur in Deutschland so. Anerkennend schrieb beispielsweise der amerikanische Historiker und Deutschlandkenner James Sheehan im Jahre 2008 in seinem Buch über *„Europas langen Weg zum Frieden"*: Auf diesem Kontinent, besonders in Deutschland, habe sich nach 1945 der *„Aufstieg des zivilen Staates"* vollzogen.[23] Die militaristischen Tendenzen seien immer mehr zurückgedrängt worden zugunsten der wachsenden Mentalität der Friedfertigkeit.[24] Dies ist eine Sicht, die auch von Analysen der deutschen Historischen Friedensforschung gestützt wird.[25] Wir Älteren dürfen also

sagen: Zu unseren Lebzeiten konnten mehrere Generationen von Deutschen und Europäern ein Leben ohne Krieg führen. Frieden auf dem Kontinent – verstanden als Abwesenheit von Krieg – wurde als Selbstverständlichkeit erlebt.

8. Die russische Aggression vom Februar 2022 und die deutsche Öffentlichkeit

Von solcher Friedensmentalität war die Befindlichkeit einer Mehrheit der Deutschen zur Zeit des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 geprägt. Das erklärt den Schock, der in Deutschland besonders heftig gewesen zu sein scheint. Lange hatte man hierzulande nämlich verdrängt, dass es sich bei der Parole *„Nie wieder Krieg!“* um eine spezifisch deutsche Parole handelte, deren Reichweite insoweit begrenzt war. Die Siegermächte der beiden Weltkriege hatten 1945 keinen vergleichbaren Schwur abgelegt. Sie hielten den kriegerischen Konfliktaustrag weiterhin für einen normalen Bestandteil ihrer Machtpolitik. Putins Krieg brachte uns die ungebrochene Tradition der kriegerischen Politik nicht nur Russlands, sondern auch der anderen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ins Bewusstsein zurück.

Kaum jemand hatte die Fernsehbilder, die an der Grenze zur Ukraine zusammengezogene russische Truppen zeigten, als konkrete militärische Kriegsvorbereitung gedeutet. Man beschwichtigte sich mit der Annahme, es handle sich um eine Drohkulisse zur Unterstützung weiterer diplomatischer Aktivitäten, die zur Reduzierung vorhandener Spannungen führen sollten. Mehr konnte und wollte man sich hierzulande nicht vorstellen. Als sich die Hoffnung auf eine Deeskalation der Krise nicht bewahrheitete, bereitete sich in der deutschen Gesellschaft ein diffuses Gefühl der Angst aus.

Getrieben von dieser Angst kam es nach der *„Zeitenwende“*-Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz[26] in Teilen der deutschen Bevölkerung zur Reaktivierung kriegerischer Reflexe. Sie führten zu dem Ruf nach Unterstützung der Ukraine nicht nur durch humanitäre Hilfeleistungen, sondern auch durch Lieferung von Waffen. Allenthalben fragte man sich, ob gerade eine friedliche Welt zusammengebrochen war. Man fragte auch, warum unsere Regierung und unsere Geheimdienste die russische Aggressivität – aber auch die fehlende Verhandlungsbereitschaft von USA und NATO – nicht früher erkannt beziehungsweise falsch eingeschätzt hatten.

Mit dem Schock korrespondierte im Westen eine eindeutige Schuldzuweisung. Die Russen, hieß es entsprechend den Vorgaben der US-Propaganda, hätten im Februar 2022 gleichsam aus heiterem Himmel, überraschend, einen *„unprovozierten Angriffskrieg“* begonnen. Es dauerte einige Zeit, bis sich einzelne Experten getrauten, die Frage zu stellen, ob man nicht den Blick weiter in die Vergangenheit richten sollte, um mögliche längerfristige Ursachen

dieses Krieges in den Blick zu bekommen. Dabei geriet u.a. der Befund ins Blickfeld, dass der sowjetische Präsident Gorbatschow nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes die mündliche Zusicherung hochrangiger westlicher Politiker erhalten hatte, die NATO werde sich nicht nach Osten hin ausdehnen.[27] Eine kritische Minderheit in Deutschland thematisierte nun die Geschichte der NATO-Osterweiterung und damit die systematische Nicht-Beachtung russischer Sicherheitsinteressen durch die USA und die NATO-Führung seit den 1990er-Jahren.

Mein eigenes Fazit zur Vorgeschichte dieses Krieges lautet: Im politischen Kampf um die Ukraine prallten die unterschiedlichen geostrategischen Machtinteressen der Atommächte USA und Russland stärker aufeinander. Sie korrespondierten mit der innerukrainischen Konfliktkonstellation: In der Westukraine unterstützten die USA die prowestliche Aufstandsbewegung des Maidan. Die Bekämpfung der Autonomiebestrebungen der russischsprachigen Ostukraine durch die Kiewer Regierung führte seit 2014 – also bereits acht Jahre vor Beginn des eigentlichen Ukraine-Krieges – zu einem innerukrainischen Bürgerkrieg, in den sowohl der Westen als auch Russland involviert waren. So betrachtet, lässt sich der Ukraine-Krieg als Zusammenprall konträrer geopolitischer Interessen der Großmächte Russland und USA deuten.

Die Version der unprovozierten russischen Aggression[28] prägt die öffentliche Meinung in Deutschland bis heute. Sie kanalisiert die Meinungsbildung und erschwert die Erforschung der tieferliegenden Ursachen dieses Krieges. Die Bewertung des politischen Gewichts der Vorgeschichte fällt bislang noch unterschiedlich aus. Aber die Behauptung, der russische Angriff sei *„unprovoziert“* gewesen, lässt sich in Kenntnis der Geschichte der NATO-Osterweiterung wohl nicht mehr halten.

Die inzwischen vorliegenden Informationen über die längerfristigen Ursachen dieses Krieges könnten helfen, in die Realität zurückzufinden. *„Kopfklärungen“* bieten beispielsweise die Autoren Patrik Baab, Jacques Baud, Gabriele Krone-Schmalz, Harald Kujat, Erich Vad, Michael von der Schulenburg, Jeffrey Sachs, John J. Mearsheimer, Emmanuel Todd und Günter Verheugen, um nur einige aus dem Lager der Minderheit zu nennen, die es wagte, sich gegen den Mainstream zu stellen.[29]

Seit Beginn des Ukraine-Krieges steht das Kulturgut *„deutsche Zivilgesellschaft“* unter massivem Druck. Mit *„Zeitenwende“* und *„Kriegstüchtigkeit“* meinen die Protagonisten der Aufrüstungspolitik ja nicht nur das deutsche Militär, die Bundeswehr. Ihr Ziel lautet vielmehr, die gesamte Gesellschaft für *„den Krieg“* zu ertüchtigen.[30] Begründet wird dieser bellizistische Kurs mit der – spekulativen, aber politisch natürlich höchst brisanten – Behauptung, Putin-Russland habe womöglich die Absicht, sich in einigen Jahren nach der

Ukraine auch das Baltikum und andere europäische Länder einzuverleiben. Da ist meines Erachtens genuines Feindbilddenken am Werk. Es speist sich aus einer Dämonisierung des Kremlchefs als Verkörperung des Bösen, nämlich angenommener immanenter russischer Aggressivität. Mich erinnert es zugleich an das Bedrohungs-Szenario der 1950er-Jahre, als in Westdeutschland – wie erwähnt – die Parole *„Die Russen kommen“* herumgeisterte.

Allerdings trägt heute Putins Gewaltpolitik in der Ukraine dazu bei, dem westlichen Feindbild Nahrung zu geben. Bekanntlich hat der russische Präsident niemals behauptet, ein Pazifist zu sein. Er weiß genau, dass die wesentlichen Kraftquellen Russlands das Militär und die riesigen Rohstoffe des Landes sind, primär Gas und Öl für den Export. Für Putin stellt die militärische Gewalt ein legitimes und normales Mittel der Politik dar. Dieses Politikverständnis praktizierte er im zweiten Tschetschenienkrieg (1999-2009)[31], im Georgienkrieg (2008) und im Syrienkrieg (seit 2015)[32].

Das instrumentelle Verhältnis zur kriegerischen Gewalt ist jedoch kein Alleinstellungsmerkmal Russlands. Putin und mit ihm die russische Führungselite agieren nicht anders als die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Außerdem versäumten die Russen es nicht, auf das schlechte Vorbild der völkerrechtswidrigen Kriege der USA und ihrer Verbündeten etwa gegen Serbien (*„Kosovo-Krieg“* 1999), gegen den Irak (2003) oder gegen Libyen (2011) hinzuweisen.

Mit der militärischen Machtpolitik nach außen korrespondiert in Russland neuerdings wieder eine autoritäre Innenpolitik. Die politische Macht wird immer stärker zentralisiert, demokratische Freiheitsrechte werden beschnitten und Oppositionelle mit scharfen Repressionen eingeschüchtert. Damit knüpft die Innenpolitik Putins an die autoritäre, machtstaatliche, zentralistische Tradition Russlands an, die bis in die Zeit des Mittelalters zurückgeht.[33]

Im Westen wird vermutet, die russische Kriegspolitik gegen die Ukraine stelle auch eine exemplarische Kampfansage gegen westliche, demokratische Ordnungsvorstellungen dar.[34] Diese würden, heißt es, eine Magnetwirkung für russische Oppositionelle entfalten und könnten das Land destabilisieren. Welches Gewicht diese Systemkonkurrenz im Vergleich mit anderen kriegsverursachenden Faktoren hat, ist schwer einzuschätzen. Erhellende Meinungsumfragen dazu gibt es nicht. Aktuell scheint Putin fester denn je im Sattel zu sitzen.

Kritiker der deutschen Ukrainepolitik monieren seit Jahren, dass unsere Regierung keine eigenen Friedensinitiativen entwickelt hat und lediglich wie ein Vasall im Schlepptau der US-amerikanischen Regierung agierte. Tatsächlich hat die Bundesregierung es

widerspruchslos hingenommen, dass die führende Macht des Westens bereits im April 2022 erfolgversprechende Friedensverhandlungen (siehe das Istanbuler Kommuniqué vom April 2022) zwischen Russland und der Ukraine zurückpfiff. So stellt sich erneut die Frage: Wird diese Politik dem Auftrag unseres Grundgesetzes hinreichend gerecht; *„in einem vereinigten Europa dem Frieden der Welt zu dienen"*?[35]

9. Zukunftsvisionen: Dauerhafte Verfeindung oder gemeinsame Sicherheit?

Der Versuch eines Blickes in die Zukunft ist durch den Regierungswechsel in den USA nicht eben erleichtert worden. Ich möchte gleichwohl nicht auf eine Zukunftsvision verzichten, mir die möglichen Optionen auszumalen:

Erstens sehe ich die negative Version: Sie ist angesichts der aktuellen, eskalierenden Entwicklungen des Jahres 2025 die wahrscheinlichste. Sie lautet: Weitgehender Rückzug der USA aus Europa, ungebremste Aufrüstung in Europa, auch in Deutschland, unter der Losung *„Kriegstüchtigkeit"*, weitere Eskalation des Ukraine-Krieges. Sollte es unter dem neuen Druck der USA gelingen, den heißen Krieg zu Lasten der Ukraine zu beenden, bekommen wir wahrscheinlich einen neuen Kalten Krieg. Es entsteht ein neuer Eiserner Vorhang, der die Feindkonstellation zementiert. Militär, Aufrüstung und Feinddenken beherrschen weiterhin die Politik, die Volkswirtschaften und das Denken der Menschen. Sie produzieren eine stete Kriegsgefahr, auch die Gefahr eines Atomkrieges.

Zweitens gibt es eine positive Zukunftsvision, die uns ermutigen und Hoffnung geben kann: Sie muss nicht neu erfunden werden. Vielmehr kann sie an ältere Erfahrungen anknüpfen, nämlich an die Friedens- und Entspannungspolitik seit den 1970er-Jahren. Der Kern dieses Politikmodells besteht in der Erkenntnis, dass Frieden und Sicherheit in Europa nicht in einem militärischen Gegeneinander gewonnen werden können, sondern nur in einem Miteinander, zumindest im Sinne einer friedlichen Koexistenz.[36] So schwer das heute auch vorstellbar ist: Das Miteinander muss Russland auch zukünftig einschließen. Aus der Einsicht in die absolute Priorität der Friedensgewinnung und Friedensbewahrung kann längerfristig Schritt für Schritt neues Vertrauen wachsen. Das ist die grundlegende Voraussetzung für eine positive Entwicklung. Die Ideen der *„Gemeinsamen Sicherheit"* und des *„Gemeinsamen Hauses Europa"* geben die politische Orientierung vor. Die KSZE-Schlussakte von 1975 und die Charta von Paris vom November 1990 können die völkerrechtlichen Modelle für künftige gesamteuropäische Vereinbarungen sein. Es bündelt die wohlverstandenen Interessen aller europäischen Länder.[37]

Wir lernen gerade, dass die politischen Interessen der europäischen Länder keineswegs mit denen der USA identisch sein müssen. Vielleicht reift nun auch die Erkenntnis, dass die

Politik, die zum KSZE-Prozess geführt hat, also zu Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, kein Fehler war, für den sich die deutsche Politik heute entschuldigen müsste. Vielmehr war sie im Kern richtig, wurde aber nicht konsequent genug betrieben. So betrachtet, hat sich die Parole *„Nie wieder Krieg!"*, die uns viele Jahrzehnte lang eine Orientierung geboten hat, eben nicht erledigt. In unserem Lande gibt es nach wie vor viele Menschen, die nicht dem Bellizismus verfallen sind, sondern sich eine kriegskritische Haltung bewahrt haben.[38] Sie warten nur darauf, dass der Kurs der *„Kriegstüchtigkeit"* abgelöst wird von einem Kurs der konzentrierten Friedensdiplomatie.

Dan Smith, der Direktor des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI, stellte vor kurzem (2. April 2025) fest, dass das Niveau der Militärausgaben in Europa derzeit *„höher als je zuvor"* sei, und er knüpfte daran die eindringliche Warnung: Die vielen Hundert Milliarden Euro für Militär und Rüstung seien nicht das, *„was notwendig ist, um Europa zu einem sicheren Ort zu machen"*. Vielmehr seien sie – ich zitiere – *„ein deutliches Warnsignal für ein ungesundes und gefährliches System, in dem wir leben"*. Der Friedenswissenschaftler zeigte sich *„ziemlich besorgt über die Tendenz, dass Politiker in einer Welt mit vielen Problemen nur an eine Sache denken: die eigene Aufrüstung"*.[39]

Von dem Friedensnobelpreisträger Willy Brandt können wir lernen, dass der politische *„Wille zum Frieden"* von zentraler Bedeutung ist.[40] An diesem unbedingten Willen zum Frieden hat es in der Vorgeschichte des Ukraine-Krieges sowohl im Westen als auch in Russland gefehlt. Immer mehr Menschen, die sich mit den Ursachen dieses Krieges auseinandersetzen, beginnen zu begreifen, welche politische Dimension die Erkenntnis hat: Auch dieser Krieg hätte vermieden werden können. Klaus von Dohnanyi hat hierzu das Entscheidende gesagt: *„Putin ist der Aggressor, aber die Möglichkeit, den Krieg zu verhindern, lag beim Westen."*[41] Was fehlte, war der Wille zum Frieden. Stattdessen dominierten Machtinteressen geopolitischer und geoökonomischer Natur. Vergessen wir in diesem Zusammenhang nicht die Himmelsrichtungen: Die Expansion, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges schrittweise in Europa vollzog, verlief nicht von Ost nach West, sondern umgekehrt von West nach Ost[42], bis mit dem – von der US-Regierung forcierten – Bestreben, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, eine *„Rote Linie"* überschritten wurde.

10. „Ernstfall Frieden" bleibt die zentrale Lehre aus der deutschen Geschichte

Damit komme ich zum Schluss und beziehe mich dabei auch auf das Manifest der SPD-Linken, das am 10. Juni 2025 veröffentlicht wurde. Wir brauchen eine Intensivierung der diplomatischen Anstrengungen aller europäischen Staaten, um ein Schweigen der Waffen zu erreichen und mit den Russen wieder ins Gespräch zu kommen: Also: *„Schrittweise Rückkehr zur Entspannung der Beziehungen und einer Zusammenarbeit mit Russland*

[…]".[43] Dann kann die Arbeit an der Vision einer lebenswerten europäischen Zukunft wieder aufgenommen werden. In den Dokumenten aus der Zeit der Entspannungspolitik ist alles vorgedacht, was wir brauchen.

Auf dem Wege zur Wiederbelebung der KSZE können wir eigene Beiträge leisten: Feindbilder abbauen, die Akteure der anderen Seite entdämonisieren, über die längerfristigen Ursachen des Ukraine-Krieges aufklären, unsere Politikerinnen und Politiker dazu drängen, endlich selbst Friedensinitiativen zu ergreifen und dies nicht den Großmächten USA und Russland zu überlassen. Um einem sich ausbreitenden Fatalismus entgegenzutreten, können wir für unsere grundlegenden Einsichten werben: Krieg ist kein unabwendbares Schicksal, sondern Menschenwerk, das Ergebnis schlechter Politik. Frieden ist generell möglich und machbar! Kriegsverhütung muss das erste Ziel staatlicher Politik bleiben! Verhandeln ist immer besser als Schießen! Diplomatie verlangt nicht Sympathie, sondern Empathie, also die Fähigkeit, sich in die andere Seite hineinzuversetzen, die ganz anders denkt als man selbst!

Lassen wir uns also nicht einreden, es gäbe allein und nur die derzeitige Konfrontationspolitik. Wir können wählen! Vielleicht erleben wir sogar eine neue Bewegung *„von unten"*, einen Aufstand der derzeit noch schweigenden Mehrheit in der Bevölkerung – einen Aufstand für eine kooperative Zukunft. Wir müssen heraus aus der Sackgasse des Fatalismus und der lähmenden Angst! Noch einmal müssen wir uns gegen alle Widerstände für die Vision eines friedfertigen *„Gemeinsamen Hauses Europa"* begeistern und uns mit einem langen Atem für sie einsetzen. Die Vision *„Ernstfall Frieden"* ist nicht passé. Sie bleibt die zentrale Lehre aus unserer Geschichte.

[«1] Siehe: de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_%C3%BCber_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa

[«2] „Unternehmen Barbarossa". Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente. Hrsg. von Wolfram Wette u. Gerd R. Ueberschär. Paderborn (Schöningh) 1984 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart); Taschenbuchausgaben Frankfurt/M. (Fischer) 1991 ff.

[«3] Zuerst von Ernst Nolte

[«4] Gerd R. Ueberschär/Lev A. Bezymenskij (Hrsg.): Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese. Darmstadt 2. Aufl. 2011;

Bianka Pietrow-Ennker (Hrsg.): Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion. Frankfurt/M. 2000 u.ö.

[«5] Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich, Bd. 4, München, New York 1987, Eintrag vom 16.6.1941, S. 650

[«6] Siehe den Wikipedia-Eintrag: Opfer der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg

[«7] Wolfram Wette: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden. Frankfurt/M. 2002, S. 26

[«8] Mitteilungen für die Truppe, hrsg. vom Oberkommando der Wehrmacht/WFSt/WPr (IIe), Nr. 112, Juni 1941. Bibliothek des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg, heute: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften, Potsdam.

[«9] Bernd Stöver: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991. München 2007, S. 68 f.

[«10] So auch das Memorandum „Frieden mit der Sowjetunion“ (wie Anm. 17)

[«11] Reiner Albert/Gottfried Niedhart: Vom System- zum Machtkonflikt: Die Sowjetunion in der westdeutschen Bedrohungswahrnehmung. In. Arnold Sywottek (Hrsg.), Der Kalte Krieg – Vorspiel zum Frieden? Münster u.a. 1994, S. 69-101

[«12] Siehe Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Frankfurt/M. (Fischer) 2011, Kap. Nachkriegsdebatten 1945-1955, S. 21-22

[«13] Vgl. das „Abkommen von Potsdam“ vom 2. August 1945, unterzeichnet von Stalin, Truman und Attlee.
Text in: Deuerlein, Potsdam 1945 (1963), S. 353

[«14] Vgl. Wolfram Wette: Militärpolitik in Deutschland nach dem 8. Mai 1945. In: Geschichte, Politik und ihre Didaktik, 24. Jg. 1996, S. 11; siehe auch Detlef Bald: Von der Wehrmacht zur Bundeswehr. Kontinuität und Neubeginn. In: Werner Conze/M. Rainer Lepsius Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem. Stuttgart 1983, S. 387

[«15] Beide Zitate nach Dieter Gebhardt: Militär und Krieg im Geschichtsunterricht nach 1945. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 2/1990), S. 81-100, hier: 82

[«16] Dieter S. Lutz: Krieg und Frieden als Rechtsfrage im Parlamentarischen Rat 1948/49. Baden-Baden 1982

[«17] Nikolai Portugalow: Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion. In: Frieden mit der Sowjetunion. Eine unerledigte Aufgabe. Hrsg. v. Dietrich Goldschmidt, Sophinette Becker, Erhard Eppler, Wolfgang Huber, Horst Krautter, Hartmut Lenhard, Wolfgang Raupach, Klaus von Schubert und Wolfram Wette. Gütersloh 1989 (= Gütersloher Taschenbücher/ Siebenstern 582) 1989, S. 402-418, hier: S. 405 u. 411; siehe auch das in diesem Band einleitend abgedruckte Memorandum der Herausgeber, S. 11-20

[«18] de.wikipedia.org/wiki/Nikolai_Sergejewitsch_Portugalow

[«19] Frieden mit der Sowjetunion. Eine unerledigte Aufgabe (wie Anm. 17), mit dem in diesem Band einleitend abgedruckte Memorandum *„Frieden mit der Sowjetunion“* der Herausgeber, S. 11-20

[«20] Memorandum (1989) (ebda.)

[«21] Siehe die Berichte der Organisation Deutsche Lebensbrücke e.V. über ihre humanitäre Hilfe in Russland: 30 Jahre Russlandhilfe

[«22] Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München: Beck-Verlag 1998, S. 1042. Ich danke Heiko Haumann, Universität Basel, für diesen Hinweis. Auch Gabriele Krone-Schmalz geht auf die damalige Hungersnot ein, die in Deutschland hernach schon bald wieder vergessen wurde. Siehe dies.: Eiszeit. Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist. München: Beck 5. Aufl. 2018, S. 13 f. Weitere Informationen in dem Weitere Infos in dem Wikipedia-Eintrag *„Zerfall der Sowjetunion“*: de.wikipedia.org/wiki/Zerfall_der_Sowjetunion

[«23] James Sheehan: Kontinent der Gewalt – Europas langer Weg zum Frieden. München 2008, S.266 u. 220

[«24] Wolfram Wette: Ernstfall Frieden. Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914. Bremen 2017, S. 416 f.

[«25] Siehe den Sammelband von Thomas Kühne (Hrsg.): Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Zum Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945. Münster/Hamburg/London 2000 (= Jahrbuch für Historische Friedensforschung, Bd. 9)

[«26] Die Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers am 27.2.2022 in: bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356

[«27] Bestätigt vom damaligen deutschen Auenminister Hans-Dietrich Genscher. Siehe dazu den Vortrag von Günter Verheugen: Warum ist es zum Ukraine-Krieg gekommen – und welche Wege führen wieder hinaus? Vortrag in Bremen am 10. Juni 2025 in Bremen. In Internet: youtube.com/watch?v=asiEy60Ruvc. Viele Zeitzeugeninterviews aus dieser schwierigen Phase der russischen Geschichte bei der Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch: *Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus.* München 2013

[«28] Es wird von Russland bestritten. So vor kurzem noch einmal der russische Botschafter Sergej J. Netschajew in der ARD-Doku von Anne Will und Julia Friedrichs *„Angst vor Krieg – Die Deutschen in der Zeitenwende"*; 7.5.2025, 20.15-21 Uhr. Netschajew sagte: *„Wir haben diesen Krieg nicht angefangen."* Im Internet nachzulesen unter: Anne Will trifft in ARD russischen Botschafter: Beunruhigende Antwort | Express

[«29] Eine Sammlung der Argumente von deutschen Kritikern des Regierungskurses bietet der Band von Hermann Theisen/Helmut Donat (Hrsg.): Bedrohter Diskurs. Deutsche Stimmen zum Ukraine Krieg. Bremen; Donat-Verlag 2024 (= Geschichte und Frieden, Bd. 52)

[«30] Zum historischen Kontext siehe Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Frankfurt/M. /Fischer-TB) 2008

[«31] de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Tschetschenienkrieg . Zitat aus dem Eintrag: Russisch-Tschetschenischer Konflikt – Wikipedia: *„Anfang 2000 wurde die Stadt Grosny durch die Kampfhandlungen fast völlig zerstört und Tschetschenien unter russische Kontrolle gebracht."* Siehe allgemein: Kaukasuskrieg 2008 – Wikipedia

[«32] Siehe: de.wikipedia.org/wiki/Russischer_Militäreinsatz_in_Syrien

[«33] Siehe dazu Hans-Heinrich Nolte: Geschichte Russlands. 4. Aufl. Stuttgart 2024 (Erstauflage 1998), S. 465 f., 475-480

[«34] Exemplarisch Gustav Seibt: Realismus, im Ernst? Gilt nun wieder das Recht des Stärkeren? In: Süddeutsche Zeitung Nr. 79, 8.4.2025, S. 9

[«35] Siehe die Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Dazu Heribert Prantl: Friedensgebot. Das Grundgesetz will keinen Staat, der das Militär in das

Zentrum der Politik stellt. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 123, 30.Mai 2025, S. 5, mit der ernüchternden Feststellung: *„Das Friedensgebot ist eine leere Formel geblieben!“*

[«36] Friedliche Koexistenz meint: unter Ausschluss eines kriegerischen Konflikts

[«37] Die Charta wurde am 21. November 1990 als Schlussdokument der KSZE-Sondergipfelkonferenz von 32 europäischen Ländern (einschließlich der Sowjetunion) sowie den USA und Kanada unterschrieben. Siehe: de.wikipedia.org/wiki/Charta_von_Paris

[«38] Anhaltspunkte für diese Aussage bieten die Umfragen des Markt- und Meinungsforschungsinstituts IPSOS sowie die Russland-Analyse Nr. 437 der Bundeszentrale für politische Bildung vom 26.5.2023 zum Thema: Umfragen: Die Haltung der deutschen Bevölkerung zum Krieg gegen die Ukraine: Waffen, Sanktionen, Diplomatie. | Russland-Analysen | bpb.de

[«39] Sven Christian Schulz (Brüssel/Stockholm): Diplomatie als „erste Verteidigungslinie“. Interview mit Dan Smith, dem Chef des Friedensforschungsinstituts SIPRI. In: Badische Zeitung, 2.4.2025, S. 7

[«40] Siehe das Buch von Willy Brandt: Der Wille zum Frieden. Perspektiven der Politik. Mit einem Vorwort von Golo Mann. Frankfurt/M. 1973

[«41] So Dohnanyi im Polit-Talk mit Mavbritt Illner im ZDF am 10.3.2022. Siehe: zdf.de/politik/maybrit-illner/krieg-in-der-ukraine-zeitenwende-fuer-deutschland-maybrit-illner-vom-31-maerz-2022-100.html

[«42] So auch Günter Verheugen in seinem Bremer Vortrag am 10. Juni 2025: *„Warum ist es zum Ukraine-Krieg gekommen – und welche Wege führen wieder hinaus?“* Im Internet nachzuhören unter: youtube.com/watch?v=asiEy60Ruvc

[«43] *Manifest: Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung.* Unterzeichnet von Ralf Stegner, Rolf Mützenich und etwa 100 anderen. Undatiert, seit 10.6.2025 im Netz